

An den
Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
Herrn Alois Rainer
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

25. Juli 2025

Unterstützung der ostdeutschen Länderposition zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rainer,

die Landwirtschaftsministerinnen und Landwirtschaftsminister sowie die Präsidenten der Landesbauernverbände der ostdeutschen Bundesländer wenden sich mit diesem Schreiben an Sie, um Sie um Unterstützung bei der weiteren Positionierung zum Entwurf des Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 gegenüber der Europäischen Kommission zu bitten.

Die Landwirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern ist historisch bedingt in Rechtsform und Größe vielfältig. Trotz hohem Pachtanteil und geringem Eigenkapital wirtschaften die Betriebe effizient und nachhaltig. Sie garantieren bis heute die Versorgung, sichern Arbeitsplätze im ländlichen Raum und erbringen vielfältige Leistungen im Kontext von Agrar-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz bis hin zum sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum. Diese Betriebe sind auf faire, verlässliche und zielgerichtete Förderbedingungen angewiesen, um ihre wirtschaftliche und strukturelle Funktion zu erfüllen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit nachhaltig erzeugten, regionalen, gesunden Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen ist und bleibt die Hauptaufgabe der Landwirtschaft. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und die Angleichung der landwirtschaftlichen Einkommen an andere Wirtschaftszweige sind primär bestehende und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verankerte Ziele der GAP. Diese Ziele rechtfertigen eine finanziell starke Einkommensstützung mit ungeschmälerter Funktion. Eine Reduktion der Direktzahlungen und damit Schwächung der Einkommensstützung über Degression und Kappung würde unmittelbar zu betriebswirtschaftlichen Engpässen, die nicht durch höhere Marktpreise oder regionale Ausgleichszahlungen abgefangen werden können, führen. Dies hätte strukturelle Verwerfungen in der Ausrichtung der Betriebe zur Folge. Im Durchschnitt würden sie im Vergleich zu den aktuellen Zahlungen bis zu 50 % ihrer Mittel verlieren.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist ein weiterer Rückgang der Tierhaltung unausweichlich und wird tiefgreifende Auswirkungen auf die Betriebe, Regionen und nachgelagerten

Wertschöpfungsketten haben. Der im Raum stehende Verzicht auf Agrarzahungen maßgeblicher Teile der Landwirtschaft und die damit gleichzeitig einhergehende Entbindung von Umweltauflagen führt zum Verlust der agrarpolitischen Lenkungswirkung und gefährdet somit die Legitimität der GAP in hohem Maße. Dies alles hat schlussendlich negative Auswirkungen auf eine gesunde Agrarstruktur und eine nachhaltige Bewirtschaftung in unseren Ländern.

Den Vorschlag einer Degression der Direktzahlungen durch die Kommission lehnen wir aus oben genannten Gründen vehement ab. Er widerspricht dem Grundprinzip der GAP, gleiche Förderung je förderfähigem Hektar zu gewähren, unabhängig von der Betriebsgröße. Die flächenbezogene Gleichbehandlung muss als Grundpfeiler einer gerechten GAP beibehalten werden.

Die Menschen im ländlichen Raum sind die Verlierer der neuen Struktur des MFR. Für eines der wichtigsten Ziele der Europäischen Zusammenarbeit, der Stärkung des ländlichen Raumes, sind keine europäischen Mittel mehr gesichert. Das ist politisch, wirtschaftlich, sozial und ökologisch nicht zu verantworten. Es spaltet die Gesellschaft. Die Attraktivität der ländlichen Räume als Arbeits- und Lebensort nimmt weiter ab. Der Schutz der Arbeitsplätze insbesondere in kleinen und mittelständischen Unternehmen muss höchste Priorität haben, denn jeder verlorene Arbeitsplatz schwächt die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur ganzer Regionen. Die Politikverdrossenheit wird zunehmen, der gesellschaftliche Zusammenhalt nimmt ab und dass in einer Zeit, die von großen Veränderungen und Unsicherheiten geprägt ist.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, die Ostbundesländer stehen fest zu einer Gemeinsamen Agrarpolitik, die auf Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Europas ausgerichtet ist. Wir werben daher mit Nachdruck dafür, die strukturelle Vielfalt innerhalb der Mitgliedstaaten nicht aus dem Blick zu verlieren. Die GAP muss differenzieren, nicht nivellieren. Sie muss belohnen, was gesellschaftlich gewünscht ist: Umweltleistungen, Resilienz und vor allem Versorgungssicherheit.

Wir bitten Sie daher eindringlich, sich in den anstehenden Verhandlungen im Rat sowie gegenüber der Europäischen Kommission für eine klare Berücksichtigung dieser Aspekte und eine gesicherte Förderung des ländlichen Raums einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ministerinnen, Minister und Präsidenten



Ministerin Hanka Mittelstädt,
Ministerium für Landwirtschaft,
Ernährung, Umwelt und
Verbraucherschutz



Minister Till Backhaus,
Ministerium für Klimaschutz,
Landwirtschaft,
ländliche Räume und Umwelt



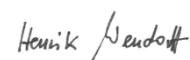
Staatsminister Georg-Ludwig
von Breitenbuch,
Staatsministerium für Umwelt
und Landwirtschaft



Minister Sven Schulze,
Ministerium für Wirtschaft,
Tourismus, Landwirtschaft
und Forsten



Ministerin Colette Boos-John,
Ministerium für Wirtschaft,
Landwirtschaft und
Ländlichen Raum



Präsident Henrik Wendorff
Landesbauernverband
Brandenburg e.V.



Präsident Karsten Trunk
Bauernverband Mecklenburg-
Vorpommern e.V.



Präsident Torsten Krawczyk
Sächsischer
Landesbauernverband e.V.



Präsident Olaf Feuerborn
Bauernverband
Sachsen-Anhalt e.V.



Präsident Dr. Klaus Wagner
Thüringer
Bauernverband e.V.